

Abhandlungen



Markus Schefer



Lukas Schaub**

Die Grundrechtsbindung «Privater» bei der Beweiserhebung für Straf- und Verwaltungsverfahren*

Die Frage der Verwertbarkeit von Beweisen, die unter Verletzung von Grundrechten erhoben worden sind, ist erst schwach durchdrungen. Das gilt insbesondere auch für Beweise, die Private beispielsweise mittels Dashcams oder durch Observationen erhoben haben. Die neue bundesgerichtliche Rechtsprechung anerkennt unter dem Eindruck der EGMR-Praxis und unter dem Vorbehalt einer Interessensabwägung selbstständige grundrechtliche Beweisverwertungsverbote. Der Beitrag erläutert diese Entwicklung, ordnet sie grundrechtsdogmatisch ein und entwirft Lösungsansätze für offene Fragen.

Inhaltsübersicht

I. Einleitung: drei typische Fallkonstellationen

1. Dashcams & Co.
2. Einsatz privater Ermittler durch Versicherer
3. Private Quellen des Nachrichtendienstes

II. Zulässigkeit der Auslagerung: formell-gesetzliche Grundlage

1. Grundsatzfragen
2. Erfordernis einer formell-gesetzlichen Grundlage aus Art. 178 Abs. 3 BV
3. Kein Erfordernis einer formell-gesetzlichen Grundlage aus Art. 8 Abs. 2 EMRK

III. Bindung an die Grundrechte

1. Geltung der Grundrechte in Privatrechtsverhältnissen
2. Wer ist «Privater», wer ist Staat?
3. Zwischen Staat und Privaten: hybride Situationen

IV. Hinweise auf betroffene Grundrechte, insbesondere die Nemo-tenetur-Garantie

V. Verwendung von grundrechtswidrig erlangten Beweismitteln

1. Folterverbot als weitestgehend unbestrittener Fall
2. Gesamtbetrachtung bei anderen Fällen grundrechtswidriger Beweiserhebung
3. Bundesgerichtliche Interpretation der Strassburger Praxis

Das Dokument "Die Grundrechtsbindung «Privater» bei der Beweiserhebung für Straf- und Verwaltungsverfahren" wurde von Gast am 20.04.2024 auf der Website recht.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024

4. Zur Kritik aus der Lehre
5. Zur Güterabwägung

VI. Zusammenfassung und Ausblick

1. Zum Ob und Wie der Grundrechtsbindung
2. Folgen von Grundrechtsverletzungen bei der Beweiserhebung
3. Ausblick

I. Einleitung: drei typische Fallkonstellationen

Die Frage nach der zulässigen Verwertung von Beweisen, die durch Privatpersonen erhoben worden sind, hat die Gerichte und Verwaltungsbehörden in jüngerer Zeit intensiv beschäftigt. Der vorliegende Beitrag nimmt diese Entwicklung auf. Dabei steht nicht die Erörterung verfahrensrechtlicher Anforderungen im Vordergrund, sondern die Einbettung der...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Abonnieren →

Kaufen →

🔑 Login